

# Terror gegen Frieden und Demokratie

## Ex-Mujaheddin starten Verunsicherungskampagne

Jan Heller, Kabul

**N**iedergebrannte Mädchenschulen in vier Provinzen. Flugblätter in Kabul mit den Worten des berühmtesten früheren Mujaheddin-Führers Gulbuddin Hekmatyar, der von einer „Kette von Kreuzzüglerkriegen“ zwischen Palästina, Irak und Afghanistan spricht und die Karzai-Administration eine „Papierregierung“ nennt. Granaten auf US-Soldaten, durchschnittlich 16 pro Woche im letzten halben Jahr laut ihrem Sprecher Oberst Roger King.

Und nun meldet sich Ende voriger Woche eine „Rote Mujaheddin-Armee“ zu Wort, die die Verantwortung für die meisten der Anschläge übernimmt. In ihrem auf Pashtu verfaßten und mit Koranversen eingeleiteten Statement, daß sie dem Büro der pakistanischen Tageszeitung *The News* in Peshawar zuspielten, bekennen sich die Gotteskrieger zu 21 Attacken mit Granaten, Landminen und Feuerüberfällen auf US-Truppen in sieben Provinzen. Sechs davon werden mehrheitlich von Pashtunen bewohnt. Dabei hätten sie den Ausländern schwere Verluste zugefügt. Zahlen nannten die „roten Mujaheddin“ jedoch nicht.

Von unpopulären Schlägen wie den Angriffen auf die Mädchenschulen - am Tag nach den Anschlägen saßen dort weinende Kinder vor den Trümmern - und von dem mißglückten Attentat auf Staatschef Hamid Karzai distanzieren sie sich jedoch lieber. Dafür seien Taliban verantwortlich zu machen. Sie benennen in ihrem Kommunique noch eine andere „Fraktion“, die sich im Untergrund betätigt: Fraktionen der in Kabul dominierenden Nordallianz und ihr Geheimdienst. Sie seien verantwortlich für die Morde an den beiden Karzai-Ministern Haji Abdul Qadir und Dr. Abdur Rahman in der er-

sten Jahreshälfte, heißt es in dem Bekenner schreiben. Das deckt sich mit der vorherrschenden Stimmung in der Gerüchteküche Kabuls.

In den letzten Monaten tauchten weitere ähnlich gehaltene Flugblätter von etwa einem halben Dutzend Mujaheddin-Gruppen auf, die sich durchgängig zu den „Werten des *Jihad*“ bekennen und ihre Aktionen gegen US- und ISAF-Truppen mit dem Kampf gegen die sowjetischen Besatzungstruppen von 1979 bis 1989 gleichsetzen. Obwohl sich die Stimmung gegen die Amerikaner vor allem in den Pashtunengebieten aufheizt, die dort im Rahmen ihrer *Al-Qaida*-Jagd im großen Stil Hausdurchsuchungen durchführen und dabei auch in die Wohnbereiche der Frauen eindringen, ernten die Untergrund-Mujaheddin in der Bevölkerung bisher nicht viel Zustimmung zu ihren antiwestlichen Parolen. Dort sieht man die ausländischen Truppen immer noch lieber als die *Warlords*, von denen sie in den vergangenen zwölf Jahren terrorisiert wurden.

Die Untergrund-Mujaheddin spiegeln vielmehr eine Unterströmung in herrschenden Fraktionen wieder, die ihr bisheriges Machtmonopol durch den in Bonn begründeten Friedensprozeß gefährdet sehen. Insbesondere machen ihnen die für 2004 angesetzten Wahlen Sorgen. Denn wenn diese relativ frei vonstatten gehen und intensiv beobachtet werden, könnten die Tage der „Kalaschnikow-Träger“, wie Afghanen die *Warlords* und Kommandeure nennen, gezählt sein.

So sehen die Flugblattaktionen eher wie eine Desinformations- und Verunsicherungskampagne aus. Die könnte sich gegen die US-Truppen und die internationale Friedenstruppe ISAF richten, und damit indirekt auch gegen die deutschen

Soldaten, die zusammen mit den Niederländern im Frühjahr ISAF-„*lead nation*“ werden. Kampferprobte Afghanen wissen, daß bei den ausländischen Truppen jeder Zwischenfall, jede Granate und jede Drohung minutiös registriert wird. Das gibt ihnen ein erhebliches Druckpotenzial in die Hand. Und daß die Adressaten erreicht werden, reflektieren nicht nur jüngste Stellungnahmen aus dem Bundesverteidigungsministerium: Die Gefahr für deutsche Soldaten in Afghanistan werde größer, heißt es dort.

UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte beim letzten Afghanistan-Briefing des Sicherheitsrates erneut unterstrichen, daß eine Ausweitung des ISAF-Mandats über die afghanische Hauptstadt hinaus dringend notwendig wäre. Das betrachten Ex-Mujaheddin - die großen *Warlords* wie General Dostum in Nordafghanistan oder der jüngst wegen seiner Menschenrechtsverletzungen in die Kritik geratene Ismail Khan in Herat als Bedrohung ihrer Machtpositionen. Während einige von ihnen, wie Justizminister Abdul Rahim Karimi westlichen Partnern gegenüber das Wort von der „islamischen Demokratie“ im Mund führen, redete Ismail Khan nach dem *Human Rights Watch*-Bericht Klartext. In einer vom lokalen Fernsehen übertragenen Ansprache anlässlich des Jahrestages der Befreiung Herats von den Taliban rief er indirekt zum *Jihad* auf. Der ihn anklagende Bericht stamme von „Spionen“, die in „ausländischen Büros“ sitzen und „Schlips und Anzug tragen“. Er habe erwartet, daß sich „2.000 oder 3.000 Menschen“ gegen diesen Bericht „erheben“ würden. Das aber blieb aus. Doch Gruppen wie die „rote Mujaheddin-Armee“ stehen bereit. D